

Wie positioniert sich Ihre Partei zu folgenden Themen?

Verbandsklagerecht auf Bundesebene

In acht Bundesländern gibt es mittlerweile das Verbandsklagerecht. Die von Kritikern gefürchtete Klageflut blieb bisher aus, vielmehr nutzen die anerkannten Tierschutzvereine vermehrt ihr Mitwirkungsrecht und arbeiten mit den Behörden zur Sicherung des Tierwohls zusammen. Das Verbandsklagerecht sorgt somit dafür, dass die Tiere endlich eine Stimme bekommen und zeigt sich als gutes Instrument, um bessere Haltungsbedingungen durchzusetzen.

Wird sich Ihre Partei für ein Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine auf Bundesebene einsetzen?

Ja, wir wollen Tierschutzorganisationen mit einem Verbandsklagerecht die rechtliche Handhabe geben, wirkungsvoller gegen Tierschutz-Verstöße vorzugehen. Anerkannte Tierschutzverbände sollen das Recht erhalten, die Entscheidungen von Behörden überprüfen zu lassen und Rechtsbehelfe einzusetzen, um die Vereinbarkeit mit dem Tierschutzgesetz überprüfen zu lassen.

Tierschutzgesetz

Seit 2002 steht der Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz, doch auch 15 Jahre danach weist das Tierschutzgesetz gravierende Lücken auf. Zwar gibt es ein grundsätzliches Verbot, Tieren ohne vernünftigen Grund Schmerzen und Leiden zuzufügen, doch gibt es dazu in allen Bereichen zu viele Ausnahmen.

Wird sich Ihre Partei für eine Überarbeitung des Tierschutzgesetzes einsetzen, die diese Ausnahmen auf ein Minimum beschränkt?

Wir sind mit den in dieser Legislaturperiode erreichten Fortschritten nicht zufrieden. Viele Vorhaben im Nutztierbereich wurden wegen des Widerstandes der CDU und CSU viel zu zögerlich angegangen, und viel zu lang wurde auf das Prinzip „freiwillige Verbindlichkeit“ gesetzt. Deshalb wollen wir in der nächsten Legislaturperiode das Tierschutzgesetz ändern. Die Ausnahmeregelungen, die das Tierschutzgesetz für nichtkurative Eingriffe vorsieht, wollen wir weitgehend abschaffen. Handlungsbedarf sehen wir beispielsweise auch beim Sachkundenachweis für Nutztierhalter, bei den Prüf- und Zulassungsverfahren für tierschutzgerechte Haltungssysteme und gesetzlichen Maßnahmen gegen Qualzucht, sowohl im Nutztier- als auch im Heimtierbereich.

Nutztiere

Hochleistungszuchten

Im Nutztierbereich ist die Zucht spezialisierter Hochleistungshybride Standard. Legehennen, Puten, Milchkühe und Schweine werden nur für den Zweck gezüchtet, besonders viel Milch, Eier oder Fleisch zu erzeugen. Diese Hochleistungszucht führt zu starken gesundheitlichen Schäden der Tiere und hat beispielsweise das millionenfache Schreddern von männlichen Küken der Legehennen zur Folge. Zweinutzungsrasen, die für die Erzeugung von Fleisch und anderen tierischen Produkten gleichermaßen genutzt werden können, haben kommerziell keine Bedeutung.

Wird sich Ihre Partei für eine Förderung der Zweinutzungsrasen und eine Einschränkung der Nutzung von Hochleistungshybriden einsetzen?

Wir brauchen nicht nur bessere Zweinutzungsrasen, sondern auch eine Änderung der Zuchtziele bei den Hochleistungsrasen. Diese müssen zum einen den Faktor Gesundheit bzw. Robustheit wieder stärker gewichten. Zum anderen müssen sie Sorge dafür tragen, dass das Geschlecht, das nicht unmittelbar genutzt wird (z.B. die männlichen Rinder), noch so viele nutzbare Eigenschaften hat, dass ihre Aufzucht für die Landwirte noch einen wirtschaftlichen Sinn hat. Andernfalls werden wir ein dramatisches Anwachsen der „Herodes-Problemik“ erleben.

Eingriffe an Tieren in der Landwirtschaft

Mit der Änderung des Tierschutzgesetzes im Jahr 2013 wurde die betäubungslose Ferkelkastrierung zum 31.12.2018 verboten. Allerdings erlaubt das Tierschutzgesetz in § 5 schmerzhaftes Eingriffe ohne Betäubung an weiteren Tieren, wie beispielsweise die Kastration von Rindern, Schafen und Ziegen bis zu einer gewissen Altersgrenze. Auch die Enthornung von Ziegen, das Kupieren des Schwanzes bei Ferkeln und Lämmern und das Abschleifen von Eckzähnen bei Ferkeln ist jeweils bis zu einer Altersgrenze im Einzelfall erlaubt. In der Praxis werden diese Manipulationen regulär und nicht nur in Einzelfällen angewendet. Auch wenige tage- oder wochenalte Tiere empfinden Schmerzen, daher sind die Eingriffe für die Tiere mit erheblichen Schmerzen und Leiden verbunden.

Wird sich Ihre Partei für ein Verbot von Amputationen/Manipulationen an Tieren und für die konsequente Umsetzung dieses Verbots einsetzen?

Die Ausnahmeregelungen, die das Tierschutzgesetz für nichtkurative Eingriffe vorsieht, wollen wir weitgehend abschaffen. Voraussichtlich wird sich der anschließende Umstellungsprozess in der Tierhaltung jedoch über einen längeren Zeitraum hinziehen.

Erweiterung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung

In der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung wird nicht explizit auf die Haltungsanforderungen für viele Nutztierarten eingegangen. So gelten beispielsweise keine genauen Vorschriften für die Haltung von Milchkühen, Ziegen, Schafen, Gänsen, Enten und Puten. Somit gibt es keine Verordnung, die die Haltung dieser Tiere rechtsverbindlich regelt, es existieren lediglich nicht-rechtsverbindliche Empfehlungen, Leitlinien oder freiwillige Verpflichtungen.

Wird sich Ihre Partei für die Formulierung von rechtsverbindlichen Haltungsanforderungen für Tierarten, die in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung nicht explizit aufgeführt werden, einsetzen?

Werden Sie sich dabei an den im TSchG § 2 aufgeführten Grundsätzen orientieren?

Aus Sicht der SPD ist die Erweiterung der Tierschutz-Nutztierhaltungs-VO für alle Nutztierarten und Haltungsformen überfällig. Leider war dies mit der CDU und CSU in dieser Legislaturperiode nicht zu machen.

Anbindehaltung von Rindern

Trotz eines Vorstoßes des Bundesrates im April 2016 ist die ganzjährige Anbindehaltung von Rindern in Deutschland weiterhin erlaubt. Dabei ist erwiesen, dass schon eine saisonale Anbindehaltung den Tieren erhebliche körperliche Schmerzen zufügt und sie in ihren arteigenen Verhaltensweisen behindert.

Wird sich Ihre Partei für ein Verbot der ganzjährigen wie auch der saisonalen Anbindehaltung von Kühen/Rindern einsetzen?

Wir werden uns dafür einsetzen, die ganzjährige Anbindehaltung in einem angemessenen Zeit-horizont abzuschaffen und die Bundesländer ermutigen, durch Investitionsförderprogramme diese betriebliche Umstellung zu erleichtern. Die Anbindehaltung ist eine Haltungsform, die besonders in Betrieben mit älteren Ställen vorkommt. Meist handelt es sich dabei um kleinere Betriebe, um deren Erhalt wir uns aus agrar-strukturellen Gründen besonders bemühen.

Schlachtung

Durch Akkordarbeit und mangelnde Sachkenntnis beim Einsatz von Betäubungsgeräten kommt es in Schlachthöfen häufig zu Fehlbetäubungen. Dadurch werden Tiere bei vollem Bewusstsein geschlachtet.

Wird sich Ihre Partei für stärkere Kontrollen und Auflagen für Schlachthöfe, insbesondere im Bereich der Betäubung, einsetzen?

Die SPD fordert eine Verbesserung der Kontrollen, indem die Rolle des Tierarztes an den Schlachthöfen gestärkt wird. Die bestehenden Rechtsgrundlagen werden oftmals nicht hinreichend durchgesetzt. Die SPD steht vor allem in Schlachtbetrieben, aber auch in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung, für eine konsequente Ahndung von Verstößen gegen geltende Vorschriften.

Verbot von Kastenständen

In vielen EU-Ländern ist die Haltung von Sauen im Kastenstand bereits verboten, in Deutschland wurde auf der Agrarministerkonferenz ein „weicher“ Ausstieg mit Übergangsfristen von bis zu 20 Jahren beschlossen. Bei der Kastenstandhaltung handelt es sich um eine tierquälerei-sche Haltungspraktik, die die Sauen vollkommen in ihrer Bewegungsfähigkeit einschränkt.

Wird sich Ihre Partei für einen früheren und kompletten Ausstieg aus der Kastenstandhaltung ohne Ausnahmeregelungen einsetzen?

Die Kastenstandhaltung ist ein Auslaufmodell und wird durch tierfreundlichere Verfahren ersetzt werden. Es ist bedauerlich, dass es zu dieser Einsicht erst eines Gerichtsurteils bedurfte. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Übergangsfrist deutlich kürzer als 20 Jahre sein wird.

Lebensmittel

Kennzeichnung von Produkten mit verarbeiteten Eiern

Frische Eier müssen in Deutschland gekennzeichnet sein, sodass der Verbraucher sich leicht für oder gegen eine bestimmte Haltungsform der Hühner entscheiden kann. Sobald die Eier jedoch verarbeitet werden entfällt die Kennzeichnungspflicht und somit die Klarheit für den Verbraucher.

Wird sich Ihre Partei für eine Kennzeichnungspflicht von verarbeiteten Eiern in Lebensmitteln einsetzen?

Ja. Bisher ist das am Koalitionspartner gescheitert, aber für die SPD ist die Kennzeichnung der Haltungsform auch für verarbeitete Eier eine Information, auf die Verbraucherinnen und Verbraucher ein Anrecht haben und die den Tierschutz unterstützt. Tierschutz ist den Verbrauchern ein wichtiges Anliegen, und nur mit dieser Transparenzmaßnahme können sie dieses Anliegen auch in eine Kaufentscheidung umsetzen und damit helfen, nicht artgerechte Tierhaltungssysteme vom Markt zu drängen.

Generelle und einheitliche Kennzeichnung von tierischen Produkten

Immer mehr Verbraucher legen Wert auf die Herkunft ihrer Lebensmittel und die Haltung der lebensmittelliefernden Tiere, um basierend darauf ihre Kaufentscheidung zu treffen. Insbesondere bei tierischen Produkten gibt es viele verschiedene Kennzeichnungen bzw. Siegel von Erzeugern, dem Einzelhandel oder Tierschutzorganisationen. Eine einheitliche Kennzeichnung, in der die Haltungsform erkennbar wird, würde den Verbrauchern und somit auch den Tieren helfen.

Unterstützt Ihre Partei die Idee einer einheitlichen Kennzeichnung?

Ja. Die SPD setzt sich ein für eine verlässliche und verbindliche Kennzeichnung von Lebensmitteln aus artgerechter Tierhaltung. Im Wahlprogramm 2017 ist dazu unter der Überschrift „Verantwortungsvolle Landwirtschaft und gesunde Ernährung“ die Forderung nach Einführung eines

staatlichen Tierschutzlabels auf Grundlage der Kriterien des Deutschen Tierschutzbundes enthalten.

Reduktion des Fleischkonsums und Einführung obligatorischer vegetarischer Gerichte in Kantinen/Mensen

Viele Studien haben bewiesen, dass der derzeitige Fleischkonsum der Bevölkerung zu hoch ist und nur durch immer intensivere Massentierhaltung gedeckt werden kann, was massives Tierleid nach sich zieht, aber auch massiv unsere Umwelt schädigt.

Wird sich Ihre Partei für die Reduktion des Fleischkonsums durch Aufklärung der Bürger einsetzen? Wie stehen Sie zu der Idee obligatorisch vegetarische Gerichte in Kantinen und Mensen einzuführen?

Die SPD setzt sich ein für Ernährungsbildung schon in der Schule, die über eine gesunde und nachhaltige Ernährungsweise aufklärt. Zudem strebt die SPD die Implementierung der DGE-Qualitätsstandards in KiTas, Schulen und allen Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung an. Diese DGE-Standards beinhalten eine Reduktion des Fleischkonsums. Zudem sollte es schon aus Gründen der Wahlfreiheit in Einrichtungen zur Gemeinschaftsverpflegung auch Angebote für Veganer und Vegetarier geben.

Wildtiere

Wildtierverbot im Zirkus

Die artgerechte Haltung von Wildtieren stellt eine große Herausforderung dar, der selbst Zoos oft nicht gewachsen sind. Zirkusse können aufgrund des regelmäßig wechselnden Standortes die Anforderungen nicht erfüllen. Die im Jahr 2013 eingeführte Ermächtigung zur Einschränkung der Wildtierhaltung im Zirkus ist nicht weitreichend genug zum Schutz der Tiere.

Wird sich Ihre Partei für ein generelles Wildtierverbot im Zirkus einsetzen?

Wir wollen ein Verbot für das Halten von Wildtieren in Zirkussen, u. a. von Affen, Elefanten, Großbären und Giraffen, und wollen eine Anhebung der Mindestvorgaben für die Haltung von Säugetieren in Zirkussen auf das Niveau des Säugetiergutachtens aus dem Jahr 2014.

Verbot von Delfinarien

Bereits in vielen Studien wurde nachgewiesen, dass Delfine hochintelligente Tiere sind. Die Haltung dieser Tiere in engen und eintönigen Becken zur Belustigung von Besuchern ist somit Tierquälerei. In Deutschland gibt es noch zwei Delfinarien in den Zoos von Nürnberg und Duisburg.

Spricht sich Ihre Partei für ein Verbot der Haltung von Walen und Delfinen in Deutschland aus?

Delfinarien in unserem Land sind für uns ein Auslaufmodell. Sie entsprechen nicht unserem Verständnis von modernen Zoos. Eine sofortige Schließung der beiden letzten Delfinarien in Nürnberg und Duisburg würde zu kurz greifen und die eigentlichen Probleme nicht lösen. Die jetzt in Gefangenschaft lebenden Delfine und teilweise dort geborenen Tiere können nicht ausgewildert werden, sie würden sich in freier Natur nicht (mehr) zurechtfinden. Es kommt daher darauf an, den jetzt in den Delfinarien von Nürnberg und Duisburg lebenden Delfinen möglichst optimale Haltungsbedingungen zu bieten und mittelfristig aus der Haltung von Delfinen auszusteigen. Darüber hinaus müssen internationale Herausforderungen angegangen werden: Der gezielte Fang von Delfinen, die Vermüllung der Meere, Delfine als Beifänge, steigender Schiffsverkehr sind drängende Probleme. Allem voran stehen der Klimawandel und dessen Auswirkungen auf die gesamte maritime Ernährungskette.

Bundesjagdgesetz

Viele Jagdgesetze der Länder orientieren sich nicht an Nachhaltigkeit und Prinzipien des Tier-, Natur- und Artenschutzes. Auch das Bundesjagdgesetz gibt keine Vorgaben zu einer ökologischen Ausrichtung der Jagd.

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Fallen- und Baujagd sowie die Jagd mit Schrot und Blei aus Tier- und Naturschutzgründen zu verbieten?

b) Unter Betrachtung der Jagdzeiten für alle jagdbaren Tiere ist die Jagd insgesamt im gesamten Jahr möglich. Dies führt zu erheblichen Störungen des Wildes, insbesondere in der Zeit der Paarung und der Jungtieraufzucht. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, eine generelle und umfassende Schonzeit zwischen dem 15. Dezember und 15. September einzuführen und Treibjagden nur in den Monaten Oktober und November zu erlauben?

c) Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, alle Vogelarten sowie bedrohte Tierarten von der Liste der Arten, die dem Jagdrecht unterliegen, zu streichen?

Wir haben uns in dieser Wahlperiode auf eine Änderung des Jagdgesetzes geeinigt, die auch ökologische Aspekte enthielt. Leider haben die CDU und CSU diese Reform des Jagdrechts in letzter Minute verhindert. Deshalb haben wir noch immer keine gesetzliche Regelung, die das Ende des Einsatzes von bleihaltiger Munition vorschreibt. Die Fallenjagd ist auf unbedingt notwendige Einsatzgebiete zu beschränken. Die Fallen müssen den

Ansprüchen des Tierschutzes genügen. Eine Änderung der Jagdzeiten war nicht vorgesehen. Um Rechtsunsicherheiten abzuschaffen und im Sinne einer verantwortungsvollen Jagd und eines effektiven Naturschutzes für Klarheit zu sorgen, wollen wir Tierarten eindeutig nach Schutz und nachhaltiger Nutzung trennen. Aus Sicht der SPD sollten Greifvögel aus der Liste der jagdbaren Arten genommen werden.

Heimtiere

Bundesweite Kastrationspflicht für Freigängerkatzen

In deutschen Haushalten leben über 12 Millionen Katzen, die von ihren Besitzern zumeist gut versorgt werden. Dem gegenüber stehen etwa zwei Millionen Streunerkatzen, die täglich um ihr Überleben kämpfen müssen. Die unkastrierten Freigängerkatzen sorgen dafür, dass diese Zahl stetig steigt. Und mit ihr steigt nicht nur das Leid der Tiere, sondern auch die Kosten für die Tierheime und Vereine, welche die Streunerkatzen versorgen. Eine bundesweite, flächendeckende Kastrationspflicht kann dieses Problem deutlich verbessern. Eine Ermächtigung der Bundesländer selbst über eine Kastrationspflicht zu entscheiden hat nur dazu geführt, dass einzelne Länder die Entscheidung an Kreise und Kommunen übertragen haben.

Unterstützt Ihre Partei eine bundesweite und flächendeckende Kastrationspflicht für Freigängerkatzen?

Die Anzahl freilebender Katzen nimmt zu. Wegen der damit verbundenen Probleme wollen wir eine verpflichtende Kennzeichnung, Registrierung und Kastration von Katzen mit Freilauf prüfen.

Bundesweites Haltungsverbot für Gefahrtiere

Die Haltung von Gefahrtieren wie Giftschlangen, Krokodile und Skorpione in privaten Haushalten birgt nicht nur Gefahren für den Halter selbst, sondern auch für Dritte. Immer wieder entweichen Tiere oder werden fahrlässig ausgesetzt. Tierheime oder Auffangstationen stoßen zunehmend an ihre Grenzen bei der Aufnahme und Versorgung der Tiere. Zudem können viele dieser Tiere nicht artgerecht gehalten werden.

Wie positioniert sich Ihre Partei zu einem bundesweiten Haltungsverbot für Gefahrtiere?

Der Staat hat die Aufgabe, Gefährdungen der Allgemeinheit vorzubeugen und abzuwehren. Diese Aufgabe müssen die Bundesländer, nicht der Bund, erfüllen. Inzwischen wird die Haltung von giftigen Tieren auch bereits in 8 Bundesländern unter Vorbehalt verboten.

Verbot von Exotenbörsen

Die Zahl der Wildtierhaltungen in Privathaushalten ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen und dadurch auch die Zahl der Messen, auf denen die Exoten verkauft werden. Die Aufbewahrung der Tiere in kleinen Plastikdosen ohne jegliche Rückzugsmöglichkeiten verursacht erheblichen Stress für die Tiere. Zudem sind viele der angebotenen Tiere Naturentnahmen, wodurch den Ökosystemen in den Herkunftsländern ein erheblicher Schaden zugefügt wird und der Artenschutz deutlich erschwert wird. In Österreich wurden Exotenbörsen bereits verboten.

Unterstützt Ihre Partei ein Verbot von Exotenbörsen?

Die SPD hat mit der CDU/CSU in einem gemeinsamen Antrag (<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/087/1808707.pdf>) die Bundesregierung aufgefordert, ein Verkaufsverbot

für exotische Tiere auf gewerblichen Tierbörsen zu prüfen und auf die Bundesländer einzuwirken, die Überwachung von Tierbörsen bundesweit zu intensivieren. Es sollte auch geprüft werden, ob Börsen, auf denen wiederholt vom Handel ausgeschlossene Tierarten angeboten werden, geschlossen werden können.

2018 wird voraussichtlich die sogenannte „Exopet-Studie“ abgeschlossen, die u.a. auch Hinweise zu Anforderungen an die Durchführung von Tierbörsen enthalten wird. Wenn Tierbörsen den im Tierschutzgesetz formulierten Ansprüchen nicht genügen – und dafür wird die Exopet-Studie Anhaltspunkte bieten - müssen Maßnahmen ergriffen werden können, um die Missstände abzustellen.

Tierversuche

Tierversuche

Allein in Deutschland wurden 2015 fast 2,8 Millionen Tiere für Tierversuche verwendet. Dabei sind insbesondere Tierversuche für nicht-medizinische Produkte moralisch mehr als verwerflich. Aber auch die Versuche an Tieren für die Medizin sind nicht nur moralisch sehr fragwürdig, sondern auch noch ineffektiv, denn die Erfolgsquote für klinische Anwendung ist schwindend gering.

Wird sich Ihre Partei für eine deutliche Reduzierung oder sogar den kompletten Ersatz von Tierversuchen einsetzen?

Wir wollen Tierversuche soweit wie möglich abschaffen. Allerdings sind sie beispielsweise in der Krebsforschung für die Erforschung neuer Behandlungsmethoden weiterhin nicht zu ersetzen. Die Anzahl der Tierversuche in Deutschland muss jedoch reduziert werden und

zwar immer da, wo es wissenschaftlich geprüfte Alternativmethoden gibt, um wissenschaftliche Fragen zu klären oder die Gefährlichkeit von Stoffen für den Menschen zu bewerten. Versuche an Menschenaffen wollen wir grundsätzlich verbieten.

Förderung von Alternativmethoden

Mehrere Milliarden Euro stellt der Staat jährlich für Forschung an Tieren zur Verfügung, hingegen nur wenige Millionen Euro für die Forschung mit Alternativmethoden.

Wird sich Ihre Partei für die Erhöhung oder sogar Gleichstellung dieser Förderung einsetzen? Und setzen Sie sich für eine Verpflichtung zur Nutzung von Alternativmethoden ein, wenn diese bereits vorhanden sind?

Die SPD sieht nach wie vor großen Handlungs- und Forschungsbedarf für die Entwicklung von Alternativmethoden. In der Praxis hat sich vor allem das sogenannte 3-R-Konzept (Replacement, Reduction, Refinement; zu Deutsch: Vermeiden, Verringern, Verbessern) etabliert. Dies wird auch künftig durch adäquate Förderung garantiert werden müssen.

Mehr von Tierschutzorganisationen vorgeschlagene Mitglieder in Tierversuchskommissionen

Nach § 42 Absatz 2 der Tierschutz-Versuchstierverordnung müssen die Tierversuchskommissionen zu mindestens einem Drittel aus Mitgliedern berufen werden, die von Tierschutzorganisationen vorgeschlagen worden sind. Da ein Drittel jedoch nicht genügt um die Interessen des Tierschutzes zu vertreten, sollte die Anzahl der Mitglieder erhöht werden.

Unterstützt Ihre Partei die Erhöhung der von Tierschutzorganisationen vorgeschlagenen Mitglieder in den Tierversuchskommissionen auf beispielsweise die Hälfte?

Wir wollen prüfen, ob eine Veränderung in der Zusammensetzung der Tierversuchskommissionen sinnvoll ist.

Pelz

Endgültiges Verbot von Pelztierfarmen

Durch die Änderung der Nutztierverordnung zur Pelztierhaltung hat ein Großteil der Pelztierfarmen bereits geschlossen. Einige Betriebe klagen aber noch gegen die Verordnung und dürfen solange ihren Betrieb weiterführen. Da Pelz ein unnötiges Luxusprodukt ist, für das die Tiere in der Produktion große Qualen ertragen müssen, sollte die Existenz solcher Farmen in einem Land wie Deutschland überdacht werden.

Setzt sich Ihre Partei für ein endgültiges Verbot von Pelztierfarmen in Deutschland ein?

Wir haben nach einigem Ringen die CDU und CSU dazu bewegen können, gemeinsam ein Gesetz zu erlassen, dass die Pelztierhalter in Deutschland vor die Wahl stellt, innerhalb von 5 Jahren entweder hohe Tierschutzstandards einzuhalten oder die Haltung zu beenden. Die Übergangsfrist ist notwendig, um die Regelung rechtssicher zu gestalten.

Importverbot Pelz

Pelz ist ein Luxusartikel, der für unsere Bekleidung keine Notwendigkeit besitzt. Somit leiden Millionen Tiere vollkommen unnötig für dieses Luxusgut.

Wird sich Ihre Partei für ein Importverbot von Pelzen nach Deutschland aussprechen, um damit sinnloses Tierleid zu verhindern?

Wir werden prüfen, ob in Deutschland eine ähnliche Vorschrift zur Deklaration von Pelzen wie in der Schweiz zur Anwendung kommen kann.